

Mit dem kleinen Türmchen und den Holzfensterläden sieht sie wie eine Schönheitsklinik aus, doch die Fenster der Villa in der Nürnberger Seitenstraße sind vergittert. Das Gebäude wirkt verwaist. Der Briefkasten quillt über von Prospekten, und niemand öffnet, wenn man die Klingel drückt. An der Tür verwirrt ein Schild: »Hauptstelle für Befragungswesen«.

Sogenannte Befragter horchten hier über Jahrzehnte zahllose Flüchtlinge aus, die in Deutschland Asyl suchten, und sammelten so Informationen für deutsche und amerikanische Geheimdienste. Die Agenten spürten deutschlandweit Asylbewerber auf, in deren Gepäck sie relevantes Wissen aus Krisenländern vermuteten. Etwa weil die Neuankömmlinge fürs Militär in Syrien gearbeitet hatten, über eine Affäre mit einem Warlord in Afghanistan berichten konnten oder vor ihrer Flucht in der Nähe eines irakischen Geheimdienst-Palastes gewohnt hatten.

Die »Hauptstelle für Befragungswesen« (HBW) war eine streng gehütete Behörde – bis vor drei Jahren *Süddeutsche Zeitung* und NDR enthüllten, dass diese klandestine Untereinheit des Bundesnachrichtendienstes (BND) existierte. Erst jetzt ist es aber möglich, Arbeitsweise und Struktur dieser getarnten Geheimdienstoperation nachzuvollziehen. Hauptsitz der versteckten Einheit war Berlin, in Nürnberg, Wiesbaden und Hannover betrieb der Nachrichtendienst Außenstellen. Aber auch in den Erstaufnahmelagern in Zirndorf und in Friedland saßen Agenten mit Tarnnamen und falschen Ausweisen, um Flüchtlinge auszuforschen.

Nach ihrer Enttarnung nahmen es die Spione nicht mehr so genau. Ihre Dienstfahrzeuge der Nürnberger Außenstelle trugen laut Anwohnern nun das Nummernschild »B-ND«. Die Agenten fetzten zuletzt vor allem den Parkplatz, und oft waren die Jalousien der Villa auch tagsüber heruntergelassen. Auch darum dürfte es der Bundesregierung nicht zu schwergefallen sein, die Hauptstelle im Juni 2014 nach 56 Jahren zu schließen. Im Bundestag teilte die Regierung öffentlich mit, dass Befragungen »direkt in den Krisenregionen im Ausland« das Aushorchen von Migranten auf deutschem Boden ablösen solle.

Doch das stimmt nicht ganz. Reporter von *ZEIT* und *ZEIT ONLINE* haben wochenlang interne Papiere der Nachrichtendienste ausgewertet, bei Behörden recherchiert und geheime Büros der Dienste in deutschen Flüchtlingsheimen aufgespürt. Die Recherchen zeigen, dass der Auslandsgeheimdienst BND und der für das Inland zuständige Verfassungsschutz (BfV) durchaus weiterhin in Flüchtlingsunterkünften stationiert sind und nach wie vor Asylbewerber als Quellen abschöpfen. All das geschieht auf rechtlich fragwürdiger Grundlage.

Mag sein, dass sich manch Deutscher durch Flüchtlinge bedroht fühlt, für deutsche Nachrichtendienste und Polizeibehörden sind die Erfahrungen und das Wissen von Menschen aus Syrien, Irak oder Eritrea ein Schatz. Schon in der Vergangenheit wurden einige Asylbewerber als längerfristige Informanten angeworben, bekamen im Gegenzug leichter Asyl und mitunter einen Tarnjob.

Und nach wie vor ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wichtiger Zuträger der Geheimdienste. Ohne das BAMF wäre die jahrzehntelange Abschöpf-Operation nicht möglich gewesen. BAMF-Beamte, die eigentlich über Asylanträge entscheiden sollen, achteten immer auch darauf, potenzielle Informanten für die Geheimdienste herauszufiltern. Sobald im Asylgespräch Themen wie Drogenhandel, Terrorismus oder organisierte Kriminalität virulent wurden, wurde das an die Dienste gemeldet.

Sie erstatteten auch Meldung, wenn sie während der »Reisewegbefragungen« auf Geflüchtete stießen, die im Militär gedient hatten, offensichtlich Agenten gewesen waren oder Mitglieder »paramilitärischer Organisationen« – so steht es in einem Katalog, den die Sicherheitsbehörden den Sachbearbeitern des BAMF mit in die Anhörungen gaben. Der Dienst-

weg war kurz, denn BND-Spione und Verfassungsschutzagenten saßen praktischerweise mit im Flüchtlings-Amt. Im Jahr 2013/2014 erhielt allein der Verfassungsschutz Informationen über 200 interessante Asylbewerber, beim BND waren es 435 Fälle. Im BND-Gesetz ist diese Form der Übermittlung von Personendaten allerdings nicht vorgesehen. Denn von sich aus darf das BAMF den BND nur informieren, wenn es in Asylverfahren auf Hinweise stößt, dass Deutschland – etwa durch einen drohenden Anschlag – akut gefährdet ist.

Routinemäßig »interessante« Daten weitergeben darf es aber nicht. Zwar ist es dem BND erlaubt, bei jeder Behörde Informationen abzufragen, doch darf das nicht zur Regel werden, die pausenlos aufrechterhalten wird. In Dokumenten des BAMF wird der »Automatisierte Datenabgleich (ADA)« beschrieben: Jede Nacht werden alle Fingerabdrücke und Personendaten von neu registrierten Flüchtlingen vom

Diese Interventionen sind problematisch – aus zwei Gründen: Zum einen werfen sie den Verdacht auf, das Grundrecht auf Asyl werde nach eigennützigen Beweggründen der Dienste zugestanden – und weniger, weil die betroffenen Menschen Verfolgung fürchten müssten. Zum Zweiten ist nicht auszuschließen, dass Flüchtlinge sogar mit dem Versprechen auf Asyl gelockt wurden. Der BND schreibt zwar in seinen Akten, die Gespräche mit Asylbewerbern »beruhen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit« und es würden keine Zusagen im Hinblick auf den Ausgang des Asylverfahrens gemacht«. Anwälte von Asylbewerbern berichten jedoch das Gegenteil. Cornelia Ganten-Lange, Rechtsanwältin für Asylrecht in Hamburg, sagt: »Wir können natürlich nicht nachweisen, dass der BND Einfluss auf Asylverfahren genommen hat. Aber mit dem Versprechen, ihre Verfahren zu beschleunigen, wurden die Leute angesprochen: Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten,

Jahren wurde es jedoch umbenannt. Kurz vor seiner Schließung notierte eine Regierungsamtsrätin: »Die gesetzliche Pflicht zur Meldung sicherheitlich relevanter Asylbewerber durch das BAMF an den Bundesnachrichtendienst besteht ungeachtet der organisatorischen Änderungen im BND.« Wenige Wochen später bekräftigte die damalige Leiterin der BND-Abteilung in einer »Quartalsbesprechung« mit dem BAMF, dass zwar die Stellen für das »Befragungswesen« minimiert würden und es zur Umstrukturierung innerhalb des BND komme, alles aber bei »gleichbleibender Aufgabenstellung«. Das Abschöpfen von Flüchtlingen sollte weitergehen. BND und Verfassungsschutz wollten sich auf Nachfrage der *ZEIT* zu »operativen Aspekten« nicht äußern. Das BAMF teilte mit, es gebe Informationen weiter, damit der BND die Aufgaben der Eigensicherung und Gefahrenabwehr wahrnehmen könne.

Wohl auch zu diesem Zweck sitzen bis heute je

rung musste die Regierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion bereits vor drei Jahren einräumen: »Zur Gewinnung von Erkenntnissen können BND bzw. BfV künftig auch Befragungen von Asylbewerbern durchführen.«

»Die Pauschalübermittlung von Unterlagen aus dem Asylverfahren vom BAMF an den BND ist nicht vom BND-Gesetz gedeckt«, sagt Konstantin von Notz, Obmann der Grünen im NSA-Untersuchungsausschuss. Da diese Befragungspraxis auch nach dem offiziellen Ende der »Hauptstelle für Befragungswesen« fortgesetzt wird, fordert von Notz die Regierung auf, »die Datenerfassung und -übermittlung einzustellen«. Auch die internationale Zusammenarbeit des BND sieht von Notz in diesem Punkt »rechtlich hoch problematisch«. Bis 2014 arbeitete der Auslandsgeheimdienst mit drei ausländischen Nachrichtendiensten eng zusammen. Namentlich mit dem Intelligence Staff, dem Nachrichtendienst des britischen Verteidigungsministeriums und der Defense Intelligence Agency (DIA), dem amerikanischen Militärgeheimdienst. Es gab nie eine gesetzliche Grundlage, die den BND befugte, amerikanischen und britischen Geheimdiensten Flüchtlinge als Informanten zuzuführen – was er routinemäßig tat.

Mehr als die Hälfte aller Informationen aus den jährlich 100 bis 400 Befragungen teilte der BND mit den Nachrichtendiensten der USA und Großbritannien. Angeblich wurde darauf geachtet, dass die Daten militärisch nicht nutzbar seien. Das ist fast unmöglich. Schon vor Jahren berichteten in Deutschland gestrandete Iraker von eigenen Aussagen über Checkpoints und Geheimdienstgebäude, die sie gegenüber dem BND getätigt hatten: Wenig später wurden exakt diese Ziele in Mossul und Bagdad von US-Kampffjets bombardiert. Heute sollen die abgeflachten Informationen aus den Flüchtlingsgesprächen dazu genutzt werden, Ziele für US-Drohnen im Nahen Osten und in Afrika aufzuspüren.

Doch die Partnerdienste erhielten nicht nur Material. Von den zuletzt vierzig Mitarbeitern der BND-Stelle arbeiteten knapp die Hälfte als Befragter – und vier von ihnen waren Amerikaner. Weil aber nur deutsche Agenten Flüchtlinge befragen durften, erhielten die US-Spione zur Tarnung deutsche Personalakten, Führerscheine und Dienstausweise der Hauptstelle – »zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben«, heißt es in einem als »Verschlusssache« eingestuften BND-Bericht. Im Gegenzug teilten sich die USA und Großbritannien bis Mitte 2014 die Kosten für die Büromiete und »operative Ausgaben« für die HBW zu je einem Drittel mit dem BND. Sie zahlten also dafür, Zugang zu spannenden Quellen in Deutschland zu erhalten.

Diese internationale Kooperation scheint zu mindest offiziell beendet zu sein. BND-Präsident Gerhard Schindler sandte dem damaligen Direktor der DIA im Januar 2014 einen Brief, in dem er das Ende des »integrierten Befragungswesens einschließlich seiner Legendenstruktur« ankündigte. Die »besondere Kooperation« wollte Schindler jedoch ein letztes Mal auf eine besondere Weise würdigen: beim gemeinsamen Abendessen in Berlin.

Wie deutsche Geheimdienste Asylbewerber ausforschen und zur Mitarbeit drängen, obwohl dies rechtlich hochproblematisch ist

VON KAI BIERMANN UND CHRISTIAN FUCHS



Informant Flüchtling



BAMF an die Sicherheitsdienste übermittelt.

Eine weitere pikante Facette dieser Art der Informationsgewinnung offenbart sich nun dank der Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses im Bundestag: Ausschuss-Zeugen und neue Dokumente legen nahe, dass der BND auch Einfluss auf den Ausgang von Asylverfahren nahm, um an exklusive Spionageinformationen zu gelangen. Aus internen Akten geht hervor, dass es »Sonderverfahren« gab: Wenn das BAMF einen Asylantrag ablehnen wollte, der BND aber an einer »Zielperson« interessiert war, konnte der Geheimdienst die »Entscheidungseinschätzung« des BAMF »aus übergeordneten Gründen« überstimmen und darum bitten, dem oder der Betroffenen dennoch Asyl zu gewähren.

Und der BND war nicht der Einzige, der sich in Asylverfahren einmischte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und diverse Landesbehörden des Verfassungsschutzes baten ebenfalls immer wieder darum, Ausländern einen Bleibestatus zu gewähren. Die Tabelle in einem geheimen BAMF-Dokument listet allein für das Jahr 2008 insgesamt 37 »Interventionen« des BND auf, elf durch die Verfassungsschutz-Ämter und einige durch Landeskriminalämter und sogar durch einzelne Polizeipräsidien. Vor allem bei Personen aus dem Iran, Irak, Libanon und China griffen die Sicherheitsbehörden in die Asylverfahren ein.

können wir dafür sorgen, dass Ihr Verfahren ganz schnell geht.« Mehrere ihrer Klienten hätten berichtet, so angelockt worden zu sein. Auch Übersetzer bestätigen: »In allen Fällen, die mir bekannt sind, klappte die Asyl-Anerkennung nach dem Gespräch mit dem BND«, sagt ein Dolmetscher für Somalis.

Die Bundesregierung verweist auf »Nachfluchtgründe«, wie etwa Gespräche mit dem BND, die das Bundesamt für Migration in seine Asylentscheidung einbeziehen müsse. Das heißt: Einen Flüchtling, der in Deutschland Kontakt zum Geheimdienst hatte, abzuschleppen, könne dessen sicheren Tod bedeuten.

Die Hoffnung, durch Wohlverhalten dem Asylverfahren Vorschub zu leisten, führte allerdings dazu, dass einige der Befragten falsche Dinge behaupteten. Der wohl tragischste Fall ist der des Informanten »Curveball«: Der Iraker behauptete 1999 gegenüber dem BND, Beweise für Massenvernichtungswaffen in seiner Heimat zu besitzen. Dafür erhielt er einen deutschen Pass und 3000 Euro monatlich. Die USA begründeten ihren Angriff auf den Irak später auch mit solchen Informationen aus Deutschland. Doch alles war erlogen.

Im BAMF ist das Referat »Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden« zuständig für die Weitergabe von Informationen an Nachrichtendienste. Dieses Referat gab es bereits zu Zeiten des HBW. Vor zwei

ein Verbindungsbeamter von BND und Verfassungsschutz in der Zentrale des Migrations-Amtes in Nürnberg. In Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete haben nach Recherchen der *ZEIT* zudem Agenten von Verfassungsschutz und BND ihre Büros. In der »Zentralen Aufnahmeeinrichtung Zirndorf« ist das BND-Büro nach wie vor besetzt, und in Niedersachsen betreibt der Verfassungsschutz eine Dependence.

In der obersten Etage eines Verwaltungsgebäudes im »Grenzdurchgangslager Friedland« operiert BfV-Mitarbeiter Helmut G. Auf dem Gelände leben neu ankommende Asylbewerber, bevor sie auf Heime im ganzen Land verteilt werden. Im gleichen Gebäude residierten früher die vier Befragter des BND. Weder Verfassungsschutz noch BND wollten sich zu den Aufgaben ihrer Mitarbeiter im BAMF und in den Flüchtlingslagern äußern. Verfassungsschützer G. sagte der *ZEIT*: »Ich habe mit den Asylanten und Befragungen nichts zu tun.«

In einem internen Dokument aber bestätigt die bayerische Landesregierung im Sommer 2014: »Im Übrigen werden auch Asylbewerber im Rahmen der geltenden Gesetze durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz befragt.« Neben dem Auslandsgeheimdienst BND nutzt also auch der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz die Angekommenen als Quellen. Und entgegen ihrer öffentlichen Beteue-

HINTER DER GESCHICHTE

Die Idee: Ein Jahr nach dem Ende der BND-Tarnbehörde hörten wir aus dem BND-Umfeld, dass Flüchtlinge weiter als Informanten genutzt werden. Wir wollten wissen: Stimmt das?

Dauer der Recherche: Zehn Wochen, Zahl der Gesprächspartner: 39 Kai Biermann und Christian Fuchs schrieben beide Bücher über den US-Drohnenkrieg. Der Aspekt, dass Informationen aus den Befragungen von Flüchtlingen in Deutschland für diesen Krieg verwendet werden, ist ihnen besonders wichtig.

Ja, ich lese DIE ZEIT 3 Monate zum Sonderpreis!

Ich lese DIE ZEIT 3 Monate lang für nur 37,40 € (Stück 12,47 € im Einzelkauf). Zudem erhalten Sie den kostenlosen Newsletter »ZEIT-Direkt«. Wenn ich mich nach der 12. Ausgabe nicht mehr melde, behalte ich DIE ZEIT 32x im Jahr für 22,90 € (Stück 7,16 € pro Ausgabe) bei. Ansonsten wird eine formale Mitteilung an den Leser-SERVICE. Mein Geschenk darf ich in jedem Fall behalten. Der Versand erfolgt nach Eingang der 1. Zahlung. Angebot nur in Deutschland gültig. Auslieferung auf Anfrage. Diese Bestellung kann binnen 14 Tagen ab dem 1. Ausgabe ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen werden. In A-Commant ist auch danach jederzeit kündbar. Ausführliche Informationen zum Widerrufsrecht unter www.zeit.de/ret.

Mein Geschenk:
32x ZEIT-USB-Stick, 16 GB

Anrede / Vorname / Name
Straße / Nr.
PLZ / Ort
Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (als alternative Benutzernamen für die digitale ZEIT)

Ich zahle per Debitkarte und erhalte 2 weitere ZEIT-Ausgaben kostenlos!

AN / monatliche Rate-Nr.
 AN / monatliche Rate-Nr.
DIC / monatliche Rate-Nr.
Geldinstitut
 Ich zahle per Rechnung

Unsere Empfehlung:

Ja, ich möchte mich bei 19 € (Stück 6,33 €) oder 4,30 € (Stück 1,43 €) pro Ausgabe (0,20 € €-Paper-Artikel) die digitale ZEIT bestellen – als ZEIT als E-Paper, App, Audio im DFR € im €-Reader.

Ich lese DIE ZEIT und spare nach dem Test über 49%, zahle 22,90 € pro Ausgabe und erhalte DIE ZEIT 32x sowie das Studentenmagazin ZEIT CAMPUS € im Jahr separat zugeschickt. Meine geliebte im monatlichen Preis ist 19 € im Jahr.

Ja, ich möchte vom nächsten Vorleser profitieren. Ich bin daher einverstanden, dass mich DIE ZEIT per Post, Telefon oder E-Mail über interessante Medien-Angebote und kundenorientierte Veranstaltungen informiert.

Daten Unterschrift

DIE ZEIT, Leser-SERVICE, 20080 Hamburg
040/42 237070 • 040/42 237090 • abo@zeit.de

*Bitte jeweilige Bestellnummer angeben
Anbieter: Zeitverlag Gerd Querenius GmbH & Co. KG, Zuckerstraße, Hamburg

Jetzt 3 Monate lesen und 38% sparen!

Nehmen Sie sich mehr ZEIT für das Wesentliche, und genießen Sie das gute Gefühl, immer bestens informiert zu sein. Im Mini-Abonnement lesen Sie 13 Ausgaben für nur 37,40 € und sparen über 38% gegenüber dem Einzelkauf. Als Dankeschön erhalten Sie zusätzlich einen ZEIT-USB-Stick!

www.zeit.de/abo

DIE ZEIT